

2. Beschlüsse auf Grund der Berichte des Ersten Ausschusses

61/513. Reduzierung der Militärhaushalte

Auf ihrer 67. Plenarsitzung am 6. Dezember 2006 nahm die Generalversammlung Kenntnis von dem Bericht des Ersten Ausschusses⁴¹.

61/514. Verifikation unter allen Aspekten, einschließlich der Rolle der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der Verifikation

Auf ihrer 67. Plenarsitzung am 6. Dezember 2006, auf Empfehlung des Ersten Ausschusses⁴² und die aktualisierten Informationen begrüßend, die dem Ersten Ausschuss am 16. Oktober 2006 vom Vorsitzenden der Gruppe von Regierungssachverständigen für Verifikation unter allen Aspekten, einschließlich der Rolle der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der Verifikation, vorgelegt wurden⁴³,

a) legte die Generalversammlung der Gruppe von Regierungssachverständigen nahe, ihre Arbeit so bald wie möglich zu einem einvernehmlichen Abschluss zu bringen;

b) beschloss die Generalversammlung, den Punkt „Verifikation unter allen Aspekten, einschließlich der Rolle der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der Verifikation“ in die vorläufige Tagesordnung ihrer zweiundsechzigsten Tagung aufzunehmen.

61/515. Konferenz der Vereinten Nationen zur Bestimmung möglicher Maßnahmen zur Beseitigung nuklearer Gefahren im Kontext der nuklearen Abrüstung

Auf ihrer 67. Plenarsitzung am 6. Dezember 2006 beschloss die Generalversammlung auf Empfehlung des Ersten Ausschusses⁴⁴ in einer aufgezeichneten Abstimmung mit 128 Stimmen bei 3 Gegenstimmen und 44 Enthaltungen⁴⁵, den Punkt „Konferenz der Vereinten Nationen zur Bestimmung möglicher Maßnahmen zur Beseitigung nuklearer Gefahren im Kontext der nuklearen Abrüstung“ in die vorläufige Tagesordnung ihrer zweiundsechzigsten Tagung aufzunehmen.

⁴¹ A/61/386.

⁴² A/61/388, Ziff. 7.

⁴³ Siehe *Official Records of the General Assembly, Sixty-first Session, First Committee*, 14. Sitzung (A/C.1/61/PV.14) und Korrigendum.

⁴⁴ A/61/394, Ziff. 109.

⁴⁵ *Dafür*: Afghanistan, Ägypten, Algerien, Angola, Antigua und Barbuda, Argentinien, Armenien, Äthiopien, Bahamas, Bahrain, Bangladesch, Barbados, Belarus, Belize, Benin, Bhutan, Bolivien, Brasilien, Brunei Darussalam, Burkina Faso, Burundi, Chile, China, Costa Rica, Côte d'Ivoire, Dominica, Dominikanische Republik, Dschibuti, Ecuador, El Salvador, Fidschi, Gabun, Gambia, Ghana, Grenada, Guatemala, Guinea, Guyana, Haiti, Honduras, Indien, Indonesien, Irak, Iran (Islamische Republik), Irland, Jamaika, Japan, Jemen, Jordanien, Kambodscha, Kamerun, Kap Verde, Kasachstan, Katar, Kenia, Kirgisistan, Kolumbien, Komoren, Kongo, Kuba, Kuwait, Laotische Volksdemokratische Republik, Lesotho, Libanon, Liberia, Libysch-Arabisches Dschamahirija, Malawi, Malaysia, Malediven, Mali, Malta, Marokko, Mauretanien, Mauritius, Mexiko, Mongolei, Mosambik, Myanmar, Namibia, Nauru, Nepal, Neuseeland, Nicaragua, Niger, Nigeria, Oman, Panama, Papua-Neuguinea, Paraguay, Peru, Philippinen, Ruanda, Salomonen, Sambia, Samoa, São Tomé und Príncipe, Saudi-Arabien, Schweden, Senegal, Sierra Leone, Simbabwe, Singapur, Sri Lanka, St. Kitts und Nevis, St. Lucia, St. Vincent und die Grenadinen, Südafrika, Sudan, Suriname, Swasiland, Syrische Arabische Republik, Tadschikistan, Thailand, Timor-Leste, Togo, Trinidad und Tobago, Tschad, Tunesien, Uganda, Uruguay, Usbekistan, Vanuatu, Venezuela (Bolivarische Republik), Vereinigte Arabische Emirate, Vereinigte Republik Tansania, Vietnam, Zentralafrikanische Republik, Zypern.

Dagegen: Frankreich, Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland, Vereinigte Staaten von Amerika.

Enthaltungen: Albanien, Andorra, Aserbaidschan, Australien, Belgien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Estland, Finnland, Georgien, Griechenland, Island, Israel, Italien, Kanada, Kroatien, Lettland, Liechtenstein, Litauen, Luxemburg, Marshallinseln, Moldau, Montenegro, Norwegen, Österreich, Palau, Polen, Portugal, Republik Korea, Rumänien, Russische Föderation, San Marino, Schweiz, Serbien, Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechische Republik, Türkei, Ukraine, Ungarn.

61/516. Entwurf des Arbeitsprogramms und Zeitplans des Ersten Ausschusses für 2007

Auf ihrer 67. Plenarsitzung am 6. Dezember 2006 billigte die Generalversammlung auf Empfehlung des Ersten Ausschusses⁴⁶ den Entwurf des Arbeitsprogramms und Zeitplans des Ausschusses für 2007⁴⁷.

61/517. Programmplanung

Auf ihrer 67. Plenarsitzung am 6. Dezember 2006 nahm die Generalversammlung Kenntnis von dem Bericht des Ersten Ausschusses⁴⁸.

3. Beschlüsse auf Grund der Berichte des Ausschusses für besondere politische Fragen und Entkolonialisierung (Vierter Ausschuss)

61/520. Umfassende Überprüfung aller Teilaspekte des Fragenkomplexes der Friedenssicherungsinsätze

Auf ihrer 79. Plenarsitzung am 14. Dezember 2006 nahm die Generalversammlung Kenntnis von dem Bericht des Ausschusses für besondere politische Fragen und Entkolonialisierung (Vierter Ausschuss)⁴⁹.

61/521. Erhöhung der Zahl der Mitglieder des Informationsausschusses

Auf ihrer 79. Plenarsitzung am 14. Dezember 2006 beschloss die Generalversammlung auf Empfehlung des Ausschusses für besondere politische Fragen und Entkolonialisierung (Vierter Ausschuss)⁵⁰, die Zahl der Mitglieder des Informationsausschusses von einhundertacht auf einhundertzehn zu erhöhen⁵¹.

61/522. Gibraltar-Frage

Auf ihrer 79. Plenarsitzung am 14. Dezember 2006, auf Empfehlung des Ausschusses für besondere politische Fragen und Entkolonialisierung (Vierter Ausschuss)⁵², unter Hinweis auf ihren Beschluss 60/525 vom 8. Dezember 2005 und die am 27. November 1984 in Brüssel⁵³ und am 27. Oktober 2004 in Madrid von der Regierung Spaniens und der Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland vereinbarten Erklärungen sowie zur Kenntnis nehmend, dass entsprechend der letztgenannten Erklärung, gesondert von dem Prozess von Brüssel und im Rahmen der von den Regierungen Spaniens, des Vereinigten Königreichs und Gibaltars am 16. Dezember 2004 gemeinsam abgegebenen Erklärung das dreiseitige Forum für den Dialog über Gibraltar eingerichtet wurde,

a) forderte die Generalversammlung die beiden Regierungen nachdrücklich auf, unter Berücksichtigung der Interessen und Bestrebungen Gibaltars im Geiste der Erklärung vom 27. November 1984 zu einer endgültigen Lösung der Gibraltar-Frage zu gelangen, im Lichte der einschlägigen Resolutionen der Generalversammlung und geltender Grundsätze sowie im Geiste der Charta der Vereinten Nationen;

b) begrüßte die Generalversammlung den Erfolg des ersten im Rahmen des dreiseitigen Forums für den Dialog über Gibraltar beschlossenen Maßnahmenpakets.

⁴⁶ A/61/402, Ziff. 5.

⁴⁷ Ebd., Anhang.

⁴⁸ A/61/403.

⁴⁹ A/61/409.

⁵⁰ A/61/410, Ziff. 10.

⁵¹ Siehe auch Beschluss 61/413.

⁵² A/61/415, Ziff. 30.

⁵³ A/39/732, Anhang.